Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 73 (1986)
Heft: 11

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schulszene Schweiz

Schülerstatistik 1985/86: Ausländeranteil von 17 Prozent

Im Schuljahr 1985/86 stammte jeder sechste Schüler in der Schweiz aus dem Ausland. Dieser Ausländeranteil von 17% ist seit Mitte der siebziger Jahre ziemlich konstant geblieben und wird sich voraussichtlich bis in die neunziger Jahre nicht ändern. Gemäss einer vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Auswertung zur Bildungsstatistik haben sieben von zehn ausländischen Schülern ihre Heimat am Mittelmeer. Für den Unterricht in der Schulklasse ist weniger der Ausländer- als vielmehr der Fremdsprachigen-Anteil von Bedeutung. Dabei können gute Kenntnisse der Unterrichtssprache durchaus mit einer fremden Muttersprache gepaart sein. In mehr als einem Drittel (37%) der insgesamt 34800 Schulklassen in öffentlichen Schulen waren 1985/86 keine fremdsprachigen Schüler eingeteilt. Rund die Hälfte aller Klassen (52%) zählte einen oder mehrere fremdsprachige Schüler, aber nie mehr als 30% des Klassenbestandes. In 11% der Klassen machten die fremdsprachigen Schüler mehr als einen Drittel des Bestandes aus. Die grössten Fremdsprachigen- und Ausländeranteile hatten die Schulen im Kanton Genf. Hier war bei 34% der Schüler die Muttersprache nicht mit der Unterrichtssprache identisch. Der Ausländeranteil bei den Schülern lag bei 41%. An zweiter Stelle folgt Basel-Stadt, wo der Anteil fremdsprachiger Schüler bei 27%, jener der Ausländer bei 31% liegt. Weiter folgen die Waadt mit Fremdsprachigen- bzw. Ausländeranteilen von 19 und 24%, Glarus mit 18 bzw. 22%, Zürich mit 17 bzw. 21%, Neuenburg mit 14 bzw. 23%, Schaffhausen mit 14 bzw. 21% sowie Basel-Land und Aargau mit 13 bzw. 17%. Die übrigen Kantone liegen unter dem schweizerischen Mittel von 12 bzw. 17%.

Grundlagenstudie über die Fortbildung der Lehrer

Die Erziehungsdirektorenkonferenz plant eine umfassende Studie über die Aufgaben und Formen der Lehrerfortbildung. Die Kantone und die schweizerischen Lehrerorganisationen sind eingeladen, sich zu einem entsprechenden Projektentwurf zu äussern.
Das Projekt geht davon aus, dass die Fortbildung der Lehrer immer wichtiger wird. Die Schule und insbesondere die Lehrerschaft hat sich vermehrt neuen Bildungsinhalten und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Neue Impulse werden künftig vorab über die Fortbildung und weniger mehr über die Grundausbildung vermittelt werden können; die Grundausbildung wird, wegen der gesunkenen Schülerzahlen, im gesamten eine geringere Rolle spielen.
Eine wichtige Rolle im neuen Projekt kommt dem interkantonalen Erfahrungsaustausch zu. Im besondern sollen die Ergebnisse der bisherigen Lehrerfortbildung – die Kantone verfügen erst seit 15–20 Jahren über institutionalisierte Fortbildungsstellen – überprüft werden. (EDK)

Rahmenlehrpläne für die Maturitätsschulen?

Die Lehrpläne der Maturitätsfächer an den schweizerischen Gymnasien sollen neu strukturiert werden. Dies schlägt eine Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektorenkonferenz vor, in der auch der Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer und die Konferenz Schweizerischer Gymnasialrektoren vertreten sind.
Die elf Maturitätsfächer sollen in vier zentrale Lernbereiche zusammengefasst werden: Natur, Technologie, Gesellschaft, Kultur. Die Konzentration auf diese vier Lernbereiche soll mithelfen, ohne Aufgabe des Fächersystems den Lehrstoff besser zu verknüpfen und zu verwesentlichen.
Die Vorschläge der Arbeitsgruppe sind in der neusten Ausgabe des «Gymnasium Helveticum», der Zeitschrift des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer, veröffentlicht worden. In einem weiteren Schritt werden nun die verschiedenen Vereinigungen der Fachlehrer versuchen, den Beitrag ihres Fachs zu formulieren, der den übergeordneten Lehrzielen dient. (EDK)

Umwelterziehung: Interkantonale Erfahrungen fruchtbar machen

Im Bereich der Umwelterziehung an den Schulen soll der Erfahrungsaustausch unter den Kantonen zwischen den Fachleuten gefördert werden. Die Pädagogische Kommission der Erziehungsdirektorenkonferenz hat dazu eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Dr. Ernst Sommerhalder, Leiter des Schulinspektorats Solothurn, eingesetzt. Der Auftrag geht davon aus, dass die Umwelterziehung an Bedeutung zunimmt, dass anderseits ihre Einführung in den Kantonen sehr unterschiedlich vorangeschritten ist. Arbeitstagungen mit kantonalen Fachleuten und mit Experten von Umweltschutzorganisationen sollen mithelfen, die Lage zu beurteilen und durch den Austausch von Erfahrungen konkrete Hilfen anzubieten. (EDK)

9. obligatorisches Schuljahr auch in der Innerschweiz?

In der Innerschweiz kennt einzig der Kanton Luzern das 9. obligatorische Schuljahr. Alle anderen Kantone bieten es selbstverständlich auch an, nur blieb es bis heute freiwillig. Dies führte nun dazu, dass die Konferenz der Erziehungsdirektoren die Innerschweiz an das Konkordat von 1971 ermahnte.
Die Erziehungsbehörden im Kanton Uri z.B. vertreten die Ansicht, dass der Zeitpunkt nun gekommen ist, um die Schulpflicht «als einer der letzten Kantone» auf neun Jahre zu verlängern. Schon im Regierungsprogramm 1984–1988 hat man auf die vorgesehene Revision der Schulordnung hingewiesen, in deren Kontext auch die Schulpflicht auf neun obligatorische Jahre erhöht werden soll. Wie Erziehungsdirektor Hans Danioth in der Antwort auf ein Postulat erklärte, werde man dem Landrat im Verlaufe des nächsten Jahres eine entsprechende Vorlage

unterbreiten. Sie sei an der diesjährigen Konferenz der Urner Schulpräsidenten bereits eingeleitet worden, demnächst gehe sie in die Vernehmlassung.

Konkordat von 1971 erfüllen

Praktisch parallel zu diesem Postulat, das sich indirekt mit dem 9. Schuljahr befasste, traf ein Brief der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ein. Er richtete sich an alle Kantone, die bis heute das 9. Schuljahr noch nicht obligatorisch erklärt haben. Neben den fünf Innerschweizer Kantonen (UR, SZ, ZG, NW, OW) sind dies lediglich noch beide Appenzell. Die EDK verwies also in erster Linie die Innerschweiz auf das 1971 abgeschlossene Konkordat, das die Dauer der Schulpflicht auf neun Jahre festlegte und dem auch die Innerschweizer Kantone zugestimmt hatten. Wohl oder übel befassen sich deshalb momentan alle fünf angeschriebenen Kantone mit dieser politisch nicht brisanzlosen Frage. Einige von ihnen haben immerhin vor gut zehn Jahren wenigstens das 8. Schuljahr obligatorisch erklärt. Als erster Kanton neben Uri hat nun Schwyz reagiert. In einem ausführlichen Schreiben wurde der EDK geantwortet, dass Schwyz momentan nicht an die Einführung des obligatorischen 9. Schuljahres denke. Es werde ja in allen Gemeinden freiwillig angeboten und auch zu 85% besucht, «die restlichen 15 Prozent der Schüler aber dazu zu zwingen, sehe man keinen Anlass», zumal nun auch noch das 10. freiwillige Schuljahr angeboten werde und erfahrungsgemäss in Kantonen mit obligatorischem 9. Schuljahr eine «sehr freizügige Dispensationspraxis» die Regel sei.

IEDK: Entscheid über Einführungstermin Französisch verschoben

Noch kein definitiver Fahrplan für die Einführung des Französischunterrichts an den Primarschulen der Zentralschweiz. Die Konferenz der Innerschweizer Erziehungsdirektoren (IEDK) hat an ihrer Sitzung vom 24. Oktober einem vorliegenden Papier nicht wie erwartet zugestimmt.

Wie der Luzerner Erziehungsdirektor Walter Gut, IEDK-Vorsitzender, auf Anfrage erklärte, soll der definitive Entscheid voraussichtlich Mitte Dezember fallen. Zur Diskussion standen an der IEDK-Sitzung nicht materielle Entscheide zur Französisch-Einführung, sondern Fragen des Vorgehens und des Zeitplanes. Gemäss einem heute vorliegenden Papier sollte der Französischunterricht in den sechs Zentralschweizer Kantonen für Primarschüler in den Jahren 1990/91 anlaufen.

Politische Bildung verstärken: Internationale Tagung der katholischen Erwachsenenbildung

Am 25./26. September trafen sich in Luzern rund 50 Vertreter/innen von Erwachsenenbildungsinstitutionen aus rund 10 europäischen Ländern. Thema der Veranstaltung war die politische Bildung im kirchlichen Bereich. Vorausgehend hat sich die Europäische Föderation der katholischen Erwachsenenbildung (FEECA) zu ihren halbjährlichen Sitzungen von Vorstand und Kommissionen getroffen.

Prof. Bernhard Sutor aus Eichstätt verwies auf den Mangel an politischen Überlegungen gerade in kirchlichen Kreisen. Er warnte zugleich vor einem neuen Fundamentalismus, der christliche Anliegen in Gefühlshandlungen umsetzt und die politische Wirkung nicht bedenkt. Der Theologe *Kurt Koch* aus Bern verwies seinerseits auf den Verlust des sozialen und politischen Auftrags, der sich aus biblischer Sicht herleiten lässt. Auch die moderne Gesellschaft erwarte entgegen seinen eigenen Vorstellungen von der Kirche kaum politisches Engagement, sondern religiöse Begleitung und Erbauung. Beide Referenten betonten die wichtige Aufgabe, Mystik und Politik, religiöse Besinnung und politisches Handeln nicht auseinander zu reissen. So kam es denn auch, dass die europäischen Erwachsenenbildner und -bildnerinnen im Vorprogramm die Wallfahrtstätte von Niklaus von Flüe bei Sachseln besucht haben, bei dem gerade diese Verbindung von Mystik und Politik gefunden wird.

Die Teilnehmer und Referenten haben verschiedene *Aufgaben der kirchlichen Erwachsenenbildung* im Hinblick auf den politischen Auftrag formuliert: Konfliktfähigkeit fördern; Zusammenarbeit einüben; Einander zur persönlichen Selbständigkeit verhelfen; Von der politischen Bildung zum politischen Handeln fortschreiten und so unverbindliches Reden vermeiden.

Die Tagungsteilnehmer waren sich einig, dass Schweigen die falsche Politik sei. Über die Wege, das Schweigen zu brechen, wird weiter gesucht werden müssen.

BLICK ÜBER DEN ZAUN...

Burundi enteignete katholische Schulen

Die Zentralafrikanische Republik Burundi habe ohne Warnung Anfang Oktober alle 238 katholischen Schulen im Lande enteignet, berichtete das Internationale Katholische Missionswerk Missio mit Sitz in Aachen. Unterrichtsmaterial und Mobiliar seien beschlagnahmt worden. 350 000 Schüler und Studenten seien betroffen. Die staatliche Massnahme stoppe den von der Kirche getragenen Feldzug zur Alphabetisierung der ländlichen Bevölkerung. Die Verstaatlichung des Schulwesens sei neuer Höhepunkt in dem seit zehn Jahren dauernden Kulturkampf.

Nach Ansicht von Missio will die Regierung Präsident Jean Baptiste Bagazas die Kirche als wichtigste gesellschaftliche Kraft ausschalten, da sie die Rechte und Interessen des Bahutu-Stammes vertritt, dem 80 Prozent der 4,5 Millionen Einwohner Burundis angehören. 57 Prozent der Einwohner bekennen sich zum katholischen Glauben.

In Briefen habe Missio die deutsche Bundesregierung ersucht, auf die Regierung von Burundi einzuwirken.

Einige unserer Leser werden sich an die vom KLVS und VKLS durchgeführte Aktion für ein Lehrerseminar in Bujumbura, das von den «Schulbrüdern» geführt wird (wurde), erinnern. Damals wurde über eine halbe Million gesammelt. Das Seminar konnte 1970 eingeweiht werden. An den Feierlichkeiten waren Mgr. Dr. Leo Kunz und der damalige Zentralpräsident des KLVS Vertreter unserer Vereine, die vom Erziehungsminister von Burundi mit Ehren empfangen wurden. CH